

## **E-Mail-Newsletter**

### **24. Juli 2008**

Liebe Mitglieder und Interessierte,

In diesem Jahr feiert der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg sein 20-jähriges Bestehen. Diesen Anlass wollen wir natürlich feiern und planen für den 8. November 2008 in der Stuttgarter Friedensgemeinde eine Festveranstaltung. Als Referenten haben uns bereits Günter Burkhardt, Geschäftsführer von Pro Asyl, und Andreas Zumach, Korrespondent der taz, zugesagt. Darüber hinaus wollen wir zu dieser Veranstaltung langjährige und Gründungsmitglieder sowie ehemalige Mitglieder des Sprecherrates besonders einladen.

Wir würden uns freuen, wenn auch Sie, die Mitglieder und FreundInnen, durch die dieses Jubiläum ja überhaupt erst möglich geworden ist, die Veranstaltung mit Beiträgen bereichern. Fallen Ihnen z. B. Anekdoten ein, die Sie vortragen wollen? Kleine Geschichten, die Sie im Laufe der Jahre mit Flüchtlingen erlebt haben? Erfolgsmeldungen, die die so oft unbefriedigende Arbeit erträglicher gemacht haben? Wer hat noch Fotos? Oder kennen Sie Flüchtlinge, die etwas beitragen wollen? Denn gerne würden wir das Fest gemeinsam mit Flüchtlingen feiern, die in den letzten 20 Jahren nach Deutschland gekommen sind.

Das alles wollen wir an diesem Tag hören und würden uns freuen, wenn Sie uns davon erzählen. Gerne sind wir für alle Vorschläge in der Geschäftsstelle erreichbar. Damit wir planen können, brauchen wir Ihre Anregungen bereits im Vorfeld. Wir werden Sie in Kürze über das Programm genau informieren.

In der Woche vor dem Jubiläum wollen wir mit einer landesweiten vernetzten Aktion auf uns aufmachen, und benötigen dafür einmal mehr Ihre Unterstützung. Mit dem Motto "**Im 20. Jahr: Flüchtlingsrat pflanzt 20 plus x Bäume in Baden-Württemberg**" hoffen wir, für "Schlagzeilen" sorgen zu können. Genaues zur geplanten Aktion können Sie in der angehängten word-Datei, die Sie sehr gerne an Interessierte weitergeben dürfen, und unter Punkt 1 in diesem Newsletter nachlesen. Darüber hinaus werden wir Sie natürlich ständig auf unserer Website [www.fluechtlingsrat-bw.de](http://www.fluechtlingsrat-bw.de) über den genauen Stand der Planungen und die teilnehmenden Initiativen informieren. Dafür benötigen wir allerdings, wenn Sie eine Aktion bei sich vor Ort planen, Ihre Rückmeldung an die Geschäftsstelle, Urbanstraße 44, 70182 Stuttgart, Tel. 0711 553283-4, Fax -5, E-Mail: [info@fluechtlingsrat-bw.de](mailto:info@fluechtlingsrat-bw.de)

Die Themen:

#### **1. Im 20. Jahr: Flüchtlingsrat pflanzt 20 plus x Bäume in Baden-Württemberg**

Wir suchen Initiativen, die die Patenschaft für einen Baum übernehmen und diesen spätestens in der ersten Novemberwoche im öffentlichen Raum in einer öffentlichen Aktion pflanzen.

#### **2. Aufnahme von Flüchtlingen aus dem Irak: Bayern und Niedersachsen bremsen Schäuble**

Der Bundesinnenminister erhält aus den eigenen Reihen Gegenwind für seinen Plan, irakische Flüchtlinge aufzunehmen: Im Rahmen eines Aufnahmeprogramms könnten auch Terroristen kommen. Heute beraten die EU-Innenminister über dieses Thema.

#### **3. Zuwanderungspakt - nur noch Zugang für diejenigen, die gebraucht werden?**

IMSchäuble im Nachrichtenmagazin Europolitan: "Wir bekämpfen die illegale Migration und wir steuern die legale Migration."

#### **4. Ausbildung und Bleiberecht für junge geduldete Flüchtlinge soll erleichtert werden/Eckpunkte zur Integration in Ausbildung und Arbeit**

- Aktionsprogramm der Bundesregierung v. 16.07.08 zur Sicherung der Fachkräftebasis in Deutschland/geplante Erleichterungen bei Ausbildung und Bleiberecht für junge geduldete Flüchtlinge
- Georg Classen: Eckpunkte zur Integration von Flüchtlingen in Ausbildung und Arbeit - Was können Behörden und Sozialberater tun?

### **5. Mindestens 185 tote Flüchtlinge an Europas Grenzen im Juni 2008**

Der Welttag der Flüchtlinge am 20. Juni ist ein trauriger Jahrestag. Denn im vergangenen Monat sind an den europäischen Grenzen mindestens 185 Migranten und Asylanten gestorben, 173 von ihnen allein im Kanal von Sizilien.

### **6. Deutschland und Syrien unterzeichnen bilaterales Rückübernahmeabkommen**

sowie ein Durchführungsprotokoll, das die Verfahren zur Feststellung der Staatsangehörigkeit und weitere Einzelheiten regelt.

### **7. Neue Erkenntnisse zur psychiatrischen Versorgung im Kosovo**

Die Versorgungslage für Menschen mit einer psychischen Erkrankung ist nach wie vor schlecht, so Dr. Hans Wolfgang Gierlichs, Aachen, in einem Artikel der Zeitschrift ZAR.

### **8. Termine**

Mit herzlichem Gruß  
Reiner Klass

### **1. Im 20. Jahr: Flüchtlingsrat pflanzt 20 plus x Bäume in Baden-Württemberg**

Der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg wird 20 Jahre alt, und wir wollen deshalb symbolisch positive Zeichen setzen. 20 + x Bäume! "20" steht für die vergangenen Jahre. "Plus X" für die Zukunft.

Wir suchen Initiativen, die die Patenschaft für einen Baum übernehmen und diesen spätestens in der ersten Novemberwoche im öffentlichen Raum in einer öffentlichen Aktion pflanzen.

Auf unserer Website beschreiben wir, wie wir uns die [Aktion](#) vorstellen und würden uns freuen, wenn möglichst viele baden-württembergische Flüchtlingsinitiativen daran teilnehmen würden.

### **2. Aufnahme von Flüchtlingen aus dem Irak: Bayern und Niedersachsen bremsen Schäuble**

Der Bundesinnenminister erhält aus den eigenen Reihen Gegenwind für seinen Plan, irakische Flüchtlinge aufzunehmen: Im Rahmen eines Aufnahmeprogramms könnten auch Terroristen kommen. Laut einer Meldung in der heutigen Südwestpresse geht Schäuble inzwischen nicht mehr davon aus, dass sich die EU-Innenminister bei ihrem morgigen Treffen auf eine bestimmte Zahl einigen können.

Die Frankfurter Rundschau schreibt in ihrer Ausgabe vom 21. Juli:

"Bei seinen Plänen zur Aufnahme irakischer Flüchtlinge wird Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) jetzt von seinen eigenen Parteifreunden gebremst. Wenige Tage vor einer Entscheidung der Europäischen Innenminister über ein gemeinsames Hilfsprogramm für die 4,7 Millionen geflohenen Iraker hält Niedersachsens christdemokratischer Innenminister Uwe Schünemann seinem Parteifreund Schäuble ein Schreckensszenario entgegen: Irakische Terroristen könnten die geplante Aufnahme der bedrohten Flüchtlinge dazu nutzen, "ihre Leute bei uns einzuschleusen".

Ein Flüchtlingskontingent aus dem Irak sei "aus Gründen der inneren Sicherheit in Deutschland" problematisch. Das Bundesinnenministerium wies das sofort zurück: Man werde bei der Auswahl der irakischen Flüchtlinge selbstverständlich genau darauf achten, dass keine Terrorverdächtigen kämen. "Was Herr Schünemann unterstellt, ist nicht das, was vereinbart und geplant ist", sagte Schäubles Sprecher.

Außerdem hätten alle Länder bei der letzten Innenministerkonferenz vereinbart, dass Deutschland im Rahmen einer europäischen Regelung zur Aufnahme von irakischen Flüchtlingen bereit ist.

Einige Hardliner unter den unionsgeführten Ländern rudern nun jedoch zurück. Sie stoßen sich daran, dass der Bundesinnenminister die Aufnahmeaktion nicht ausschließlich auf irakische Christen beschränken will und nicht nur auf gefährdete Personen, die noch im Irak selbst leben." ([Gesamter Artikel](#))

Pro Asyl kritisiert diese Pauschalstilisierung massiv mit einer ebenfalls am 21. Juli erschienenen Pressemitteilung:

**Aufnahmepläne für Irakflüchtlinge**

**Unionsinnenminister fallen Schäuble in den Rücken**

**PRO ASYL: Eine konstruktive Lösung darf nicht zerredet werden**

Am Wochenende haben die Innenminister der unionsgeführten Bundesländer Niedersachsen und Bayern versucht, die Pläne für ein Aufnahmeprogramm für Irakflüchtlinge in Frage zu stellen. Hatte Bundesinnenminister Schäuble noch eine Woche zuvor angekündigt, die ersten Flüchtlinge würden voraussichtlich bereits im Herbst auf der Basis einer europäischen Verständigung aufgenommen werden, so fallen ihm jetzt die Minister Schönemann und Herrmann in den Rücken. Sie versuchen, das dringend notwendige Projekt zu zerreden. PRO ASYL erwartet von Bundesinnenminister Schäuble, dass er die Linie des Papiers, das die deutsche Delegation beim Rat der Justiz- und Innenminister in Luxemburg am 5. Juni 2008 präsentiert hat, konsequent vertritt.

In dem Papier heißt es, dass die Aufnahmekapazitäten in den sicheren Regionen des Iraks und den Nachbarstaaten erschöpft sind und Flüchtlinge großenteils unter elementarem Mangel leiden. Deshalb müssten besonders schutzbedürftige Personen in einer gemeinsamen Anstrengung der EU-Mitgliedsstaaten in Zusammenarbeit mit dem Flüchtlingshochkommissariat der Vereinten Nationen aufgenommen werden.

Wenn der bayerische Innenminister Hermann jetzt also immer noch vom Nordirak als für Christen relativ sicheres Gebiet redet, dann hat er den Ernst der Lage nicht erkannt. Der Nordirak kann keine Lösung für alle verfolgten Christen aus dem gesamten Irak sein, von denen zwei Drittel geflohen sind. Das Lob des kurdischen Nordirak ist auch deswegen bigott, weil Deutschland die Region aus außenpolitischen Erwägungen bisher kaum unterstützt hat. Herrmanns Argument, das Christentum in der Region werde durch eine Aufnahmeaktion geschwächt, mag zutreffen. Auf ein Bleiben im Lande inklusive des möglichen Martyriums sind irakische Christen von den bayerischen Glaubensbrüdern und -schwestern allerdings nicht zu verpflichten.

Mit seiner Forderung, nur Christen aufzunehmen, steht Herrmann ohnehin allein. Die beiden großen Kirchen in Deutschland haben sich gegen die exklusive Christenaufnahme ausgesprochen und für die Schutzbedürftigkeit als Kriterium plädiert. Schutzbedürftig können sowohl Muslime als auch Angehörige von Minderheiten sein, die weder christlich noch muslimisch sind. Auch bei Anwendung des Kriteriums der größten Schutzbedürftigkeit werden Christen vermutlich die Hauptgruppe der Aufzunehmenden stellen.

Niedersachsens Innenminister Schönemann zieht die Karte der Sicherheitsbedenken. Im Rahmen eines Aufnahmeprogramms könnten auch Terroristen kommen. Und wer es in die Nachbarstaaten des Iraks als Flüchtling geschafft habe, sei doch gar nicht mehr verfolgt. Damit wird - im Gegensatz zum deutschen Papier vom 5. Juni 2008 - die ständig prekärer werdende Situation der Flüchtlinge in Syrien und Jordanien bagatellisiert. Auf eine Daueraufnahme aller Flüchtlinge aus dem Irak sind dessen Nachbarstaaten nicht vorbereitet. Mit seinen sicherheitspolitischen Bedenken stilisiert Schönemann die Opfer von Verfolgung zu potentiellen Tätern.

gez. Bernd Mesovic, Referent

### 3. Zuwanderungspakt - nur noch Zugang für diejenigen, die gebraucht werden?

#### **Bollwerk - oder Festung? - EU setzt gegen unerwünschte Flüchtlinge auf Einwanderungspakt**

Die Europäische Union will die Einwanderung nach Europa künftig neu regeln. Die 27 Innen- und Justizminister hatten sich vor zwei Wochen im französischen Cannes zu Beratungen über die Zukunft des Zuzugs in die EU getroffen. Dabei legte die französische EU-Ratspräsidentschaft der Ministerrunde einen "Pakt zu Einwanderung und Asyl" vor, der die gemeinsame Migrationspolitik festlegt. Geht es nach Frankreich, sind nur solche Ausländer erwünscht, die der Arbeitsmarkt braucht.

Unerwünschte Flüchtlinge sollen dagegen leichter abgeschoben werden können. "Wir machen aus Europa keinen Bunker", verteidigte der deutsche Innenminister Wolfgang Schäuble (CDU) die Pläne. Dennoch schlifften die Minister den ursprünglichen Entwurf der französischen Ratspräsidentschaft ab. Nicolas Sarkozy hatte gefordert, so genannte Massenlegalisierungen künftig zu verbieten. Doch der spanische Ministerpräsident José Rodríguez Zapatero machte dem französischen Staatschef einen Strich durch die Rechnung. Spanien hatte 2005 etwa 700.000 illegalen Einwanderern gültige Papiere verschafft.

Der erste Entwurf sah vor, eine massenhafte Bewilligung von Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigungen würde eine Magnetwirkung entwickeln und sollte deswegen nicht mehr angewendet werden. Nach kontroverser Diskussion strichen die Minister den Passus aus dem Papier. "Es wird auch in Zukunft keine Massenlegalisierungen geben. Wir sind uns einig, dass dies der falsche Weg ist", erklärte Schäuble dennoch und verwies darauf, dass grünes Licht für alle illegalen Flüchtlinge nur die Schlepperbanden ermutigen würde, ihr Geschäft auszubauen.

Die Einwanderung nach Europa soll sich künftig nach den Bedürfnissen des Arbeitsmarkts und der "Aufnahmefähigkeit" der Sozialsysteme richten. Ziel ist eine "zirkuläre Migration", bei der Einwanderer nach einigen Jahren in ihre Heimatländer zurückkehren. Organisationen wie Pro Asyl hingegen werfen der EU eine Rückkehr zum Gastarbeiter-Prinzip vor. "Wir bekämpfen die illegale Migration und wir steuern die legale Migration", erläuterte Schäuble das Ziel des Paktes.

Der französische Einwanderungsminister und amtierende EU-Ratsvorsitzende Brice Hortefeux sprach von einem "historischen" Abkommen. Damit werde Europa "weder zu einer Festung noch zu einem Sieb", durch das Flüchtlinge unkontrolliert strömen könnten, erklärte Hortefeux. Der Pakt, dem alle 27 Mitgliedsstaaten zustimmen müssen, will die EU noch im Oktober dieses Jahres verabschieden. (vd)

(Quelle: [europolitan-online](#))

### 4. Ausbildung und Bleiberecht für junge geduldete Flüchtlinge soll erleichtert werden/Eckpunkte zur Integration in Ausbildung und Arbeit

(Informationen von Georg Classen, FR Berlin)

#### **Aktionsprogramm der Bundesregierung v. 16.07.08 zur Sicherung der Fachkräftebasis in Deutschland/geplante Erleichterungen bei Ausbildung und Bleiberecht für junge geduldete Flüchtlinge**

Zum 1.1.2009 sind Erleichterungen beim Arbeitsmarktzugang für Fachkräfte geplant. Dabei sollen auch die Ausbildung und das Bleiberecht für junge geduldete Flüchtlinge erleichtert werden. "Angegangen werden" sollen zudem Erleichterungen bei der formalen Anerkennung von ausländischen Abschlüssen.

Das Aktionsprogramm "Beitrag der Arbeitsmigration zur Sicherung der Fachkräftebasis in Deutschland" im Wortlaut:

[http://www.fluechtlingsinfo-berlin.de/fr/pdf/BMI\\_BMAS\\_Arbeitsmigration\\_160708.pdf](http://www.fluechtlingsinfo-berlin.de/fr/pdf/BMI_BMAS_Arbeitsmigration_160708.pdf)

*Versuch einer Zusammenfassung:*

Geplant sind ab 1.1.2009 u. a. folgende Maßnahmen

1. Für neu zuwandernde Akademiker aus den neuen EU-Ländern freier Arbeitsmarktzugang (Erteilung einer Arbeitserlaubnis ohne Vorrangprüfung).

Für neu zuwandernde Nicht-Akademiker aus den neuen EU-Ländern (Ausnahme Zypern und Malta) wird hingegen die Einschränkung der Freizügigkeit (Vorrangprüfung) um weitere 2 Jahre verlängert bis

30.04.2011. Damit schöpft Deutschland den nach dem Beitrittsvertrag maximal zulässigen Rahmen aus (mögliche Beschränkung der Arbeitnehmerfreizügigkeit für 2 + 3 + 2 Jahre). Erst ab 01.05.2011 gilt dann für die am 1.5.04 beigetretenen EU-Staaten die unbeschränkte Arbeitnehmerfreizügigkeit.

Für Nicht-Akademiker aus Rumänien und Bulgarien wird die Einschränkung der Freizügigkeit um weitere 3 Jahre verlängert bis mindestens 31.12.2011 (eine letzte Verlängerung um 2 Jahre bis 31.12.2013 wäre möglich).

2. Für neu zuwandernde Akademiker aus Ländern außerhalb der EU Aufenthaltserteilung auf Grundlage eines nachrangigen Arbeitsmarktzugangs (gilt im Prinzip schon bisher, § 18 AufenthG).

3. Für junge geduldete Ausländer wird bereits vor Ablauf von 4 Jahren der Zugang zu beruflicher Ausbildung erleichtert (offenbar Wegfall der Vorrangprüfung).

4. Für junge geduldete Ausländer, die in Deutschland eine berufliche Ausbildung oder ein Studium abgeschlossen haben, wird eine Aufenthaltserlaubnis zum Zweck der Beschäftigung erteilt, wenn ein entsprechendes Arbeitsangebot vorgelegt wird (Aufenthaltserlaubnis zum Zweck der Erwerbstätigkeit analog § 18 AufenthG).

5. Für geduldete Ausländer, die im Ausland eine in Deutschland anerkannte berufliche Ausbildung oder Studium abgeschlossen haben und in Deutschland mindestens zwei Jahre entsprechend qualifiziert tätig waren, Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis zum Zweck der Beschäftigung (analog § 18 AufenthG), wenn ein entsprechendes Arbeitsverhältnis besteht bzw. ein entsprechendes verbindliches Arbeitsangebot vorgelegt wird.

Bei den Regelungen für geduldete Ausländer sollen grundsätzlich die gleichen Ausschlusskriterien wie bei der Altfallregelung des § 104a Abs. 1 AufenthG gelten. Offen bleibt, ob die Regelungen analog auch für Asylbewerber gelten.

#### *Wichtiger Hinweis:*

Die im AufenthG und den Verordnungen zum Arbeitserlaubnisrecht zu regelnden rechtlichen Details sind noch nicht klar und werden noch politisch und rechtlich zu klären sein!

#### **Eckpunkte zur Integration von Flüchtlingen in Ausbildung und Arbeit - Was können Behörden und Sozialberater tun?**

Zu den Aufgaben und Pflichten der Jobcenter, der Arbeitsagenturen und der Ausländerbehörden nach dem SGB II, dem SGB III und dem AufenthG bei der Integration von asylsuchenden, geduldeten und bleibeberechtigten Flüchtlingen in Ausbildung und Arbeit (und dem dazu aktuell aufgelegten "ESF-Programm") hat Georg Classen ein [Eckpunktepapier](#) verfasst sowie einen ["Antrag auf Arbeitsvermittlung"](#).

#### *Das Eckpunktepapier enthält:*

- Überblick über das neue ESF-Programm
- Die Zielgruppen des ESF-Programms
- Abgrenzung der Zuständigkeit von Arbeitsagenturen und ARGEn für Flüchtlinge, Hinweis auf neue DA zu § 7 SGB II
- Integrationsprobleme bei Arbeitsagenturen ARGEn und Ausländerbehörden, Hinweis auf Emailinfo zur Integration Bleibeberechtigter
- Vorschläge zur effektiven Hilfe zur Integration bei Arbeitsagenturen, ARGEn und Ausländerbehörden
- Fragen zur Rolle der Equal- und ESF-Projekte
- Rechtsgrundlagen der Integration und Änderungsvorschläge zu den Gesetzen
- Literaturtipps und Internet

## 5. Fortress Europe: "Mindestens 185 tote Flüchtlinge an Europas Grenzen im Juni 2008"

ROM - Der Welttag der Flüchtlinge am 20. Juni ist ein trauriger Jahrestag. Denn im vergangenen Monat sind an den europäischen Grenzen mindestens 185 Migranten und Asylanten gestorben, 173 von ihnen allein im Kanal von Sizilien. Vier Männer sind auf den [Kanarischen Inseln](#) gestorben, nachdem sie nach ihrer Ankunft in schlechter Verfassung in ein Krankenhaus eingeliefert worden waren. Innerhalb weniger Tage sind in Italien zwei Iraker tot in Containern aufgefunden worden, die im Hafen von [Venedig](#) von Fähren aus Griechenland ausgeladen wurden. In der Türkei sind zwei Migranten bei einem Unfall gestorben, als sie auf einem LKW versteckt in der östlichen Provinz [Doguhayazit](#) unterwegs waren. Ein Somalier ist bei einem heftigen Aufstand im Haftlager [Kirklareli](#), in der Nähe der bulgarischen Grenze, durch ein Projektil gestorben. Auch drei Flüchtlinge an der ägyptischen Grenze zu Israel sind durch Projektile [getötet](#) worden. Eines der Opfer ist ein siebenjähriges sudanesisches Mädchen, das am 28. Juni umgebracht wurde. ([Zum gesamten Artikel](#))

## 6. Deutschland und Syrien unterzeichnen bilaterales Rückübernahmeabkommen

Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble und sein syrischer Amtskollege haben am 14. Juli ein Rückübernahmeabkommen unterzeichnet, das allerdings noch ratifiziert werden muss. Das BMI erklärt dazu in einer Pressemitteilung:

### Unterzeichnung des Rückübernahmeabkommens mit Syrien

Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble und sein syrischer Amtskollege Bassam Abdelmajid haben heute in Berlin ein bilaterales Rückübernahmeabkommen unterzeichnet. Das Abkommen regelt im Rahmen der Gegenseitigkeit die Voraussetzungen für die Rückübernahme ausreisepflichtiger Personen aus dem Gebiet der jeweils anderen Vertragspartei. Ebenfalls unterzeichnet wurde ein Durchführungsprotokoll, das die Verfahren zur Feststellung der Staatsangehörigkeit und weitere Einzelheiten regelt.

Hierzu erklärt Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble: "Auf der Grundlage dieses Abkommens wird es künftig möglich sein, nicht nur ausreisepflichtige syrische Staatsangehörige, sondern auch Drittstaatsangehörige und Staatenlose, wenn diese über einen Aufenthaltstitel oder ein Visum der syrischen Seite verfügen oder unmittelbar aus dem Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei rechtswidrig eingereist sind, dorthin zurückzuführen. Damit entspricht das Rückübernahmeabkommen den modernen europäischen Standards. Es stellt zugleich einen wirksamen Beitrag zur Bekämpfung der illegalen Migration aus dem Nahen Osten dar. Die Ausländerbehörden in Deutschland werden die Rückübernahmeverfahren mit Syrien in Zukunft unter erleichterten Bedingungen und in kürzerer Zeit durchführen können."

Die Ende November 2006 aufgenommenen Verhandlungen waren nach nur einer Gesprächsrunde zum Abschluss gebracht worden. Der schnelle Abschluss unterstreicht die konstruktive und vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen beiden Regierungen auf dem Gebiet der illegalen Migration. Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble richtete anlässlich der Unterzeichnung die Bitte an seinen syrischen Amtskollegen, sich für ein zügiges Inkrafttreten des Abkommens einzusetzen. Für Deutschland handelt es sich um das erste bilaterale Rückübernahmeabkommen mit einem Herkunftsland aus dieser Region.

## 7. Neue Erkenntnisse zur psychiatrischen Versorgung im Kosovo

Die Versorgungslage für Menschen mit einer psychischen Erkrankung ist nach wie vor schlecht, so Dr. Hans Wolfgang Gierlichs, Aachen, in einem Artikel der Zeitschrift ZAR.

"Schlussfolgerung: Die neuen Daten der beiden Studien bestätigen meine Schätzungen, sie sind eher noch schlechter. Im Kosovo leben knapp 2 Millionen Menschen, von denen nach der KRCT Studie 27,7%, also ca. 550.000, ernsthaft krank sind. Sie werden von 62 Fachärzten und Fachärztinnen versorgt, 8900 ernsthaft kranke Menschen pro Arzt oder Ärztin."

## 8. Termine



**Plenen des Flüchtlingsrats B.-W. in Stuttgart, Friedengemeindehaus:**

08.11.2008 - mit Jubiläum "20 Jahre Flüchtlingsrat/Arbeitskreis Asyl Baden-Württemberg"

**Herbsttagung Bad Boll**

**12.-14.09.2008: EU-Grenzen dicht für Flüchtlinge?** - Die Situation an den Außengrenzen im Osten und Südosten und der Zugang zu Asylverfahren. [Zum Programm/weiteren Infos.](#)

**Sonstige Termine:**

**19.07.2008, 18 Uhr, S-Untertürkheim, Arbeiterbildungszentrum Süd, Bruckwiesenweg 10: Wie kann das kongolesische Volk seine Zukunft in die eigene Hand nehmen?**

- Der 48. Jahrestag der Befreiung vom belgischen Kolonialismus
- Das Projekt des CPL (Kongress der Fortschrittskräfte für Befreiung, Partner von SI)
- Das Projekt von Congo Espoir (deutsch-kongolesische Hilfsorganisation)
- mit Bildern, Trommelgruppe, internationalem Abendessen, Vorstellung kongolesischer Kunstgegenstände, Tanz

**24.07.2008, ab 20 Uhr: 9. Gomaringer Open Air - Filmnacht im Schloss: Fatih Akin: Auf der anderen Seite.** Der Erlös des Abends kommt der 2003 aus Gomaringen ins Kosovo "freiwillig ausgereisten" Familie Avdijaj zu.

**26.07.2008, ab 11 Uhr, Waldhaus, Heilbronn: Clandestino-Festival:** Benefizkonzert zugunsten von borderline-europe. Genaue Infos unter [www.clandestinfestival.de](http://www.clandestinfestival.de).

**29.10.2008, 9.30 Uhr bis 16 Uhr, Stuttgart, Diakonisches Werk, Heilbronner Straße 180: "Maikäfer flieg&": Bewältigung von Trauma und Exil bei Kindern und Jugendlichen.** Fachtagung der LAG Folterüberlebende in Baden-Württemberg in Kooperation mit der Landesärztekammer B.-W. Weitere Infos und Anmeldung beim DWW, Frau Del Muscio, Tel. 0711 1656-281

28.09.-4.10.2008: Interkulturelle Woche

03.10.2008: Tag des Flüchtlings

10.12.2008: Tag der Menschenrechte